

# Update aus Berlin

November '22 (II)

HAUSHALT 2023: Beschlossen!



aus dem Bundestag und dem Kreis Warendorf **BÜRGERGELD:**Bye, bye, Hartz IV!



## Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde,

diese Woche haben wir den Bundeshaushalt für 2023 verabschiedet. Der Bundesetat für 2023 sieht nun Ausgaben von 476,3 Milliarden Euro vor - noch deutlich mehr als ursprünglich veranschlagt. Der Bund nimmt dafür Kredite in Höhe von 45,6 Milliarden Euro auf.

Die Ergebnisse der abschließenden Sitzung des Haushaltsausschusses, der sogenannten Bereinigungssitzung, tragen eine klare parlamentarische und sozialdemokratische Handschrift. Wir konnten an entscheidenden Stellen noch Verbessurenden erreichen. Viel Geld fließt im kommenden Jahr in Entlastungen für Bürger:innen und Wirtschaft. Das Bürgergeld, die Erhöhung des Kindergeldes, die Hilfe bei den Heizkosten, all das findet sich nun im Haushalt wieder. Besonders freue ich mich, dass wir das Kindergeld für alle Kinder auf jeweils 250 Euro pro Monat erhöhen. Für eine Familie mit drei Kindern wären das 1.044 Euro mehr im Jahr. Angesichts der steigenden Lebenshaltungskosten ist dies für Familien mit kleinen Einkommen wichtig und es ist eine Leistung, die bleibt.

Wir stellen uns der Klimakrise entgegen und stärken wichtige Programme im Klima- und Transformationsfonds. Wir verbinden die Bekämpfung der fossilen Energiekrise mit dem Klimaschutz und legen ein Programm für den schnelleren Austausch alter Heizungsanlagen mit Wärmepumpen auf.

Für mich macht sich finanzpolitische Vernunft auch daran fest, dass wir gleichzeitig an der richtigen Stelle in eine gute Zukunft investieren. 500 Millionen Euro im nächsten Jahr und eine Milliarde Euro in Folgejahren stehen für den Schienenverkehr zusätzlich zur Verfügung. Wir unterstützen Kommunen aktiv bei ihren Investitionsvorhaben, zum Beispiel für Schwimmbäder und Jugendclubs, sowie bei der Anpassung an den Klimawandel. Allein mit diesen Investitionsprogrammen bringen wir insgesamt 700 Millionen Euro für Investitionen in den Kommunen auf den Weg. Wir werden unser Land gerechter, digitaler und nachhaltiger machen.

Viel Spaß beim Lesen und ein schönes Wochenende wünscht Euch, Euer



**Inhalt** 

Alles zur Haushaltswoche. >>> Meine Rede zum Einzelplan Bauen und Wohnen im Haushalt 2023. >>> Kompromiss für das Bürgergeld erreicht. >>> Veranstaltung der SPD-Fraktion Kompetenzen für Kommunen. >>> Konferenz zur Zukunft der Bundes-Anstalt für Immobilienaufgaben. >>> Termine der Woche. >>> Neues aus dem Wahlkreis.

#### Haushalt 2023: Investitionen in den Kampf gegen den Klimawandel und sozialen Zusammenhalt

2023 wird der Bund seine Ausgaben ohne neue Schulden finanzieren. Damit zeigen wir Verantwortung gegenüber nachfolgenden Generationen. Gleichzeitig investieren wir an der richtigen Stelle in eine gute Zukunft. Wir werden darum deutlich mehr investieren, um sozialen Zusammenhalt in der Zeitenwende zu stärken.

Wir schließen Funklöcher: Für eine bessere und zügige Digitalisierung unseres Landes investieren wir 86 Millionen Euro zusätzlich in den flächendeckenden Breitbandausbau. So stellen wir sicher, dass künftig auch auf dem Land eine leistungsfähige digitale Infrastruktur vorhanden ist. Wir unterstützen Forschung und Projekte im Bereich der automatisierten und vernetzten Verkehrssysteme mit 18,7 Millionen Euro zusätzlich.

Den für kleine und mittlere Unternehmen, insbesondere in strukturschwachen Regionen, so wichtigen Bereich der Fachkräftesicherung unterstützen wir auch künftig finanziell: Insgesamt 27,5 Millionen Euro stellt der Bund bereit – ein notwendiges und wichtiges Signal an die deutsche Wirtschaft.

Mit einem verbesserten BAföG sorgen wir für mehr Bildungsgerechtigkeit. Studierende sowie Schüler:innen profitieren von höheren Fördersätzen und mehr junge Menschen können durch höhere Elternfreibeträge gefördert werden. Im Haushalt 2023 sind 2,7 Milliarden Euro für das BAföG vorgesehen.

Das zentrale Instrument der Bundesregierung zur Erreichung unserer Klimaziele ist der Klimaund Transformationsfonds (KTF). Die Programmausgaben allein für das Jahr 2023 wachsen auf über 35 Milliarden Euro an. Schwerpunkte sind die Bereiche Gebäudesanierung mit 16,9 Milliarden Euro, die Dekarbonisierung der Industrie und der Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft mit 3,5 Milliarden Euro, der Umweltbonus mit 2,1 Milliarden Euro, die Förderung der Ladeinfrastruktur mit 1,93 Milliarden Euro und Maßnahmen zum natürlichen Klimaschutz mit gut 590 Millionen Euro in 2023.





### Entlastung für Kommunen: 7,3 Milliarden Euro für soziales und klimagerechtes Bauen und Wohnen

Wohnen ist ein Menschenrecht und muss bezahlbar sein. Für das ab Januar geltende neue "Wohngeld Plus" haben wir im Haushalt vorgesorgt: Wir erhöhen die Mittel für das Wohngeld um 2,2 Milliarden Euro auf 2,9 Milliarden Euro.

Der soziale Wohnungsbau bleibt ein wichtiger Schwerpunkt. Dafür stellen wir in den kommenden Jahren 14,5 Milliarden Euro bereit. Bereits in 2022 haben wir zwei Milliarden Euro bereitgestellt, in 2023 sind es nun 2,5 Milliarden – und der Betrag wird weiter steigen bis wir ab 2025 bei 3,5 Milliarden jährlich sind.



Darüber hinaus wollen wir verstärkt genossenschaftliches Wohnen unterstützen. In 2023 stehen über ein KfW-Programm neun Millionen Euro zum Erwerb von Genossenschaftsanteilen für selbstgenutzten Wohnraum zur Verfügung. Junge Familien mit durchschnittlichem Einkommen sollen auf diesem Weg Wohneigentum erwerben können. Das Programm ist im Oktober gestartet und auch in den Folgejahren finanziell abgesichert.

Im Klima- und Transformationsfonds stehen in den kommenden Jahren eine Milliarde Euro für Neubauvorhaben bereit, davon 350 Millionen Euro für die Wohneigentumsförderung sowie 650 Millionen Euro für die allgemeine Neubauförderung. Haushalte mit niedrigem und mittlerem Einkommen werden langfristig mit Tilgungszuschüssen und Zinsverbilligungen beim Eigentumserwerb unterstützt.

Durch die demographische Entwicklung steigt der Bedarf an barrierefreien Wohnungen und Häusern. Im parlamentarischen Verfahren haben wir erreicht, das KfW-Förderprogramm "Altersgerecht Umbauen" mit 75 Millionen Euro für eine neue Förderrunde 2023 auszustatten. Mit der Erhöhung schaffen wir die Voraussetzungen, dass ältere Menschen länger in den eigenen vier Wänden wohnen bleiben können.

Bei der Städtebauförderung halten wir das Niveau: 790 Millionen Euro werden wir auch im kommenden Jahr in den Umbau und die Entwicklung von Städten und Gemeinden investieren und so beispielswiese Innenstädte und Ortszentren weiter stärken, Leerstand bekämpfen und den sozialen Zusammenhalt in den Quartieren unterstützen.



Ein wichtiger Beitrag gegen die Spaltung der Gesellschaft ist die Entwicklung eines Nationalen Aktionsplans gegen Wohnungslosigkeit. Insgesamt 1,5 Millionen Euro stellt der Bund hierfür zur Verfügung.

Für das erfolgreiche Programm "Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur" stellt der Bund zusätzliche Mittel in Höhe von 400 Millionen Euro bereit. Damit können weitere Projekte wie Sanierungen oder Ersatzneubauten von Schwimmbädern, Sporthallen, Jugendclubs oder Kultureinrichtungen gefördert werden. Wir unterstützen die Kommunen bei der nachhaltigen und klimaneutralen Sanierung von Sport-, Jugend und Kulturstätten – ein wichtiger Beitrag für den Klimaschutz.

Außerdem unterstützen wir die Kommunen mit mehr Geld für ihre Parks und Grünanlagen: Für das Sonderprogramm des Bundes zur "Anpassung urbaner Räume an den Klimawandel" wurden im parlamentarischen Verfahren weitere 200 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Mit den Mitteln können die Kommunen öffentlich zugängliche Grün- und Freiräume wie Parks und Gärten klimafreundlich weiterentwickeln und Klimaanpassungsstrategien umsetzen.

#### Wir sichern sozialen Zusammenhalt

Mit dem Haushalt 2017 beginnt der Einstieg in die von der SPD durchgesetzten Solidarvorhaben: Wir starten das Bundesprogramm Barrierefreiheit, um mehr Inklusion und Teilhabe im Alltag voranzutreiben. Dafür stehen zwei Millionen Euro für 2023 bereit. Der Partizipationsfonds zur Förderung von Selbstvertretungsorganisationen von Menschen mit Behinderung erhält rund 40 Prozent mehr Mittel, ein Plus von 400.000 Euro.

Wir kämpfen entschieden gegen Kinderarmut. Deutliche Zuwächse gibt es hier bei den gesetzlichen Leistungen, etwa beim Kinderzuschlag (plus 400 Millionen Euro) und beim Unterhaltsvorschuss (plus 130 Millionen Euro).

Wir wissen: die sprachliche Bildung in der Kita hat eine immense Bedeutung. Deshalb werden wir das Bundeprogramm "Sprach-Kitas" mit 109 Millionen Euro befristet fortführen. Künftig sind die Länder gefragt, dieses erfolgreiche Programm mit den Mittel aus dem Kita-Qualitätsgesetz fortzusetzen.

Die Stärkung der Demokratie und der Kampf gegen Rassismus ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Für das Bundesprogramm "Demokratie leben!" stehen im kommenden Jahr 182 Millionen Euro zur Verfügung.





#### Für ein starkes Gesundheitssystem



Wir stärken die gesundheitliche Aufklärung der Bevölkerung. Der "Nationale Präventions-plan" ist mit 850.000 Euro unterlegt. Für Beratungen von Betroffenen von Long-Covid stellen wir insgesamt 21,5 Millionen Euro zur Verfügung, also über 600.000 Euro mehr. Für Aufklärungsmaßnahmen zu Drogenmissbrauch steht eine Million Euro zusätzlich zur Verfügung. Davon finanzieren wir auch begleitende Maßnahmen für die Cannabis-Legalisierung sowie Aufklärungsmaßnahmen gegen "Crystal Meth"-Missbrauch.

Wir setzen uns auch 2023 für eine bessere Gesundheitsversorgung unserer Kinder ein: Mit 200.000 Euro soll etwa eine Koordinierungsstelle für die Förderung klinischer Studien finanziert werden, in denen die Arzneimittelsicherheit bei Kindern und Jugendlichen untersucht werden soll. Weitere 150.000 Euro sind für ein Pilotprojekt zur Versorgung von Kindern mit schweren angeborenen Hauterkrankungen bestimmt.

Im Bereich der Gesundheitsforschung werden wir mit einer Finanzierung von fünf Millionen Euro die Forschung zu Endometriose fördern, um diesem lang vernachlässigten Feld der Frauengesundheit endlich mehr Bedeutung zukommen zu lassen. Zusätzlich werden wir ein neues Translationszentrum für Gen- und Zelltherapie gründen – hierfür stellen wir vier Millionen Euro in 2023 und weitere 40 Millionen bis 2026 bereit.



#### Oberstes Ziel bezahlbares Wohnen: Geplante Investitionen im Bereich Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen



Ich habe diese Woche im Plenum zum Einzelplan 25 geredet, also dem des Ministeriums für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen.

Wir wollen die ambitionierten Ziele aus dem Koalitionsvertrag trotz der schwierigen Rahmenbedingungen umzusetzen; allen voran die Schaffung bezahlbaren und klimafreundlichen Wohnraums.

Dafür haben wir den Haushaltsetat im Einzelplan 25 von 8 auf 11 Milliarden Euro erhöht. Einige Maßnahmen, für die das Geld aufgewendet werden soll, habe ich in der Rede kurz vorgestellt, unter anderem folgende:

Damit wir die Bundesländer in der Schaffung von bezahlbaren Wohnraum unterstützen können, stellen wir für das kommende Jahr 2,5 Milliarden Euro zur Verfügung. Bis 2026 sind 14,5 Milliarden Euro fest eingepreist.

Wir haben die Energiepreisbremse für Gas und Fernwärme für das kommende Jahr bereits auf den Weg gebracht.

Ab 2023 gibt es Wohngeld für 2 Millionen statt 600.000 Haushalte. Zudem wird es von 180 auf 370 € erhöht, inklusive Klima- und Heizkostenkomponente.

Wir haben mit dem CO2-Preis ein faires Modell zur Aufteilung der Kosten für Kohlendioxid zwischen Vermietern und Mietern entwickelt.

Wir investieren 790 Millionen Euro für Stadtentwicklung und Städtebauförderung – für die Kommunen, für unser Zuhause.

Und noch so vieles mehr - hört gerne mal rein! Hier geht es zur Rede.



#### Nach Vermittlungsausschuss: Kompromiss für das Bürgergeld erreicht - die Richtung stimmt!

Manchmal gehören zur Demokratie eben auch Kompromisse. Und auch nach dem Kompromiss im Vermittlungsausschuss gilt: Wir lassen Hartz IV hinter uns und setzen künftig auf mehr Respekt und gerechte Teilhabe.

Eine echte Erneuerung hat die CDU blockiert:



Statt 60.000 Euro nun 40.000 Euro Schonvermögen. Für Wohneigentum wird eine Härtefallregelung kommen.

Die Karenzzeit wurde von zwei auf ein Jahr gekürzt. Während dieser Zeit soll das Vermögen der Bürgergeld-Bezieher und ihre Wohnverhältnisse nicht überprüft werden. Für mich ist dieser Kompromiss natürlich nicht unser aller Wunschvorstellung einer Sozialreform. Dennoch bin ich froh darüber, dass schnell eine Einigung gefunden wurde und das Bürgergeld nun in den Startlöchern steht.

Ansonsten bleiben wir unserer Marschrichtung treu:

Mit dem Bürgergeld schaffen wir einen Kulturwandel in der Grundsicherung für Arbeitsuchende, damit Menschen nachhaltig geholfen wird, in Arbeit zu kommen. Künftig gilt: Wir vermitteln Arbeit statt Aushilfsjobs. Wir schaffen wichtige Anreize für Aus- und Weiterbildung: Wir begegnen erwerbslosen Menschen mit ausgestreckter Hand, statt mit dem pädagogischen Zeigefinger. Unser Ziel sind gute, ordentlich bezahlte und tarifgebundene Arbeitsverhältnisse. Aus- und Weiterbildung sind dabei die besten Beschleuniger auf dem Weg (zurück) auf den Arbeitsmarkt.

Wir erneuern das Versprechen unseres Sozialstaates und sorgen für Schutz und Chancen auch in schwierigen Lebenslagen - verlässlich, solidarisch und individuell. Der Mensch und seine persönliche Lebenssituation stehen im Mittelpunkt.

Wir schaffen überflüssige Bürokratie ab - und entlasten die Jobcenter, für mehr Kapazitäten für Vermittlung und Betreuung auf Augenhöhe.

Das Bürgergeld kommt – zum 01. Januar 2023!



#### Kompetenzen für Kommunen



Im Bereich Mobilität stehen unsere
Städte und Gemeinden vor großen
Herausforderungen: Das Bedürfnis
nach Mobilität steigt, die
Notwendigkeit emissionsärmer
unterwegs zu sein gleichzeitig auch.
Die im Koalitionsvertrag vereinbarte
Reform des Straßenverkehrsgesetzes
haben wir gestern im Rahmen der
Veranstaltung der SPD-Fraktion "Mehr
Kompetenzen für Kommunen" zum
Anlass genommen, um über die
Gestaltung der Verkehrswende mit
Kommunalpolitiker:innen zu
diskutieren.

Die Kommunen müssen mehr Handlungsspielraum bei der Verkehrspolitik bekommen. Regemäßig kommt es vor, dass Stadt- oder Gemeinderäte eine Temporeduzierung oder die Einrichtung einer Fahrradstraße fordern und diese allein aus rechtlichen Gründen nicht umgesetzt werden kann. Wir brauchen eine Straßenverkehrsordnung, die mehr Entscheidungsfreiheit für handelnde Personen vor Ort lässt.

Die Zeit ist reif für mehr Mobilität, mehr Klimaschutz und mehr Sicherheit für den Fuß- und Radverkehr in den Kommunen.



(c) Per Jacob Blut/Framerei



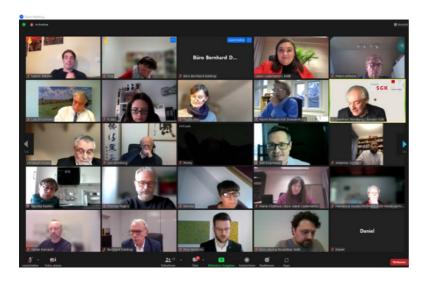
#### Fotokampagne zum Tag gegen Gewalt gegen Frauen

Am 25. November ist der Internationale Tag gegen Gewalt an Frauen. Auch im 21. Jahrhundert gehört geschlechtsspezifische Gewalt gegen Frauen in Deutschland noch immer zur bitteren Realität. Die SPD macht sich auf allen Ebenen dafür stark, dass sich das ändert – für ein gewaltfreies Leben von Frauen.

In Deutschland wird jede dritte Frau mindestens einmal in ihrem Leben Opfer körperlicher und/oder sexualisierter Gewalt. Gerne habe ich die Aktion "Sei ein Gesicht der Solidarität" unterstützt. Das Thema geht uns alle an!



#### Konferenz zur Zukunft der Bundes-Anstalt für Immobilienaufgaben



Die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) ist eine der größten Immobilieneigentümerinnen Deutschlands; sie verwaltet die

Deutschlands; sie verwaltet die Liegenschaften des Bundes, aber agiert auch als Kooperationspartner der Kommunen bei der Aktivierung und Entwicklung nicht mehr vom Bund genutzter Immobilien.

Als kommunalpolitischer Sprecher durfte ich am Donnerstag das Grußwort auf einer gemeinsamen Veranstaltung der Bundes-SGK und der AG Kommunalpolitik halten, auf der es genau um dieses Thema ging. Für die Kommunen ist die BlmA bei der Schaffung von bezahlbarem Wohnraum ein wichtiger Partner. So bietet die BlmA immer zuerst den Kommunen geeignete Liegenschaften für den Wohnungsbau, die der Bund nicht benötigt, im Direktverkauf an und gewährt ihnen Preisnachlässe für sozialen Wohnungsbau. Als Koalition arbeiten wir aktuell an einer Reform des Bundesbaus, die der BlmA mehr Eigenständigkeit und Eigenverantwortung einräumen wird. Ziel der Reform ist es, den Bundesbau zum Vorbild bei der Digitalisierung und den bau-, wohnungs- und klimapolitischen Zielen zu machen.



#### **Energiekonferenz in Herne**



Letzte Woche kamen die SPD-Bundestagsabgeordneten aus Nordrhein-Westfalen mit SPD-Landespolitikern für eine Energiekonferenz in Herne zusammen. Wir wollten uns mit den Experten aus Gewerkschaften, Ratund Kreishäusern, Stadtwerken, Sozialverbänden und der Wirtschaft austauschen, mit welchen Herausforderungen sie aufgrund der gestiegenen Energiepreise konfrontiert werden.

In einem Punkt waren sich alle einig: Die aktuelle Energiekrise wird sich massiv auf den klimaneutralen Umbau der Industrie, auswirken. Die zeitnahe Umsetzung der Gaspreisbremse ist deshalb von immenser Wichtigkeit. Die Forderungen an die Politik nehmen wir mit aus Herne nach Berlin.

Auf der Podiumsdiskussion mit Christina Borggräfe, Stv. Landrätin Rhein-Kreis Neuss, Karola Geiß-Netthöfel, Regionaldirektorin Regionalverband Ruhr, Michael Groß, AWO Präsident und Olaf Schade, Vorstand der SGK NRW, die ich gemeinsam mit Lisa Kapteinat, MdL, Stellvertretende Vorsitzende der NRWSPD-Landtagsfraktion, moderiert habe, ging es um die sozialen Folgen der Energiekrise. Mit welchen konkreten Themen sind Wohlfahrtsverbände, Stadtwerke, Kommunen konfrontiert? Wie können wir denjenigen helfen, die besonders gefährdet sind, Familien, Rentner, Alleinerziehende? Sind die geplanten Härtefallregelungen ausreichend? Wie gut sind sie vor Ort umsetzbar? Auf die schnelle und unbürokratische Hilfe kommt es jetzt an.



#### Beckumer Energie-Gespräch mit Udo Sieverding

Der Gesprächsabend zu erneuerbaren Energien unter dem Motto "Zukunft? Unabhängig!" zeigte auf, wie kompliziert nicht nur die technische Umsetzung ist, sondern auch die politische Realisierung im Detail. Eingeladen hatte die SPD Beckum um den Vorsitzenden Felix Markmeier-Agnesens, Gesprächspartner waren der Bundestagsabgeordnete Bernhard Daldrup und Udo Sieverding, Leiter des Bereichs Energie der Verbraucherzentrale NRW (VZ). Ein Artikel von Ralf Steinhorst (Westfälische Nachrichten).



"Man darf nicht die Vorstellung haben, in Deutschland komplett energieunabhängig zu sein", dämpfte Bernhard Daldrup zu hohe Erwartungen. Aber man solle Unabhängigkeit so weit stärken, dass man sicher sein kann: "Erneuerbare Energien sind auch Freiheitsenergien." Sicherheit für die Bürger sei auch der Anlass gewesen, die beiden Entlastungspakete über 30 und 65 Milliarden Euro auf den Weg zu bringen.

Die komplexe Kalkulation von Gas- und Strompreisen für Energieunternehmen zeigte laut einer Pressemitteilung der Veranstalter Udo Sieverding auf. "In der Regel haben Stadtwerke eine Beschaffungsstrategie von 24 bis 36 Monaten", erklärte er. Das führe zu einer Mischkalkulation, täglich würden im Großhandel neue Kontrakte geschlossen und alte liefen aus. Das wiederum bedeute, dass die aktuell sinkenden Preise am Markt noch nicht beim Verbraucher ankämen. Die fast vollen Gasspeicher, Gaslieferungen aus Norwegen und den Niederlanden sowie die Gaspreisbremse, die Spekulanten ausbremse, machte er als Faktoren für die zuletzt im Großhandel sinkenden Gaspreise aus.

Für die Umsetzung der Energiewende sah er den Ausbau der erneuerbaren Energien, das Energie-Sparen und einen internationalen Energieverbund als entscheidend an. Dass die Bevölkerung inzwischen Eigeninitiative ergriffen hat, zeige die große Nachfrage nach den VZ-Onlineseminaren. Vor allem die Seminare zum Thema Photovoltaik-Steckermodulen seien hier ganz vorne gewesen.

Bei den Nachfragen aus dem Publikum zeigte sich die komplizierte Umsetzung politischer Forderungen, wie der Umsetzung eines Tempolimits. Immerhin gibt es bei Übergewinnen schon eine europäische Regelung. Beim Thema Wasserstoff sahen Bernhard Daldrup und Udo Sieverding zwar Ausbaumöglichkeiten, die aber dadurch begrenzt seien, weil ein Wasserstoffeinsatz nur sinnvoll sei, wenn er grün produziert werde.



#### Unterwegs Richtung Zukunft mit der Kreishandwerkerschaft in Warendorf



Mein Besuch in Warendorf hat gezeigt, dass die Lösungen für die aktuellen Herausforderungen der Bau- und Gebäudebranche sehr vielfältig sein können: Effiziente Tiny Häuser oder der Neubau eines Mehrfamilienhauses im EH 40 Standard in einem Baugebiet ("In de Brinke") mit einem kalten Nahwärmenetz sind für das zukunftsorientierte Bauen und Wohnen unverzichtbar.

"Das kalte Nahwärmenetz kommt im Gegensatz zur klassischen Nahwärme ohne Heizzentrale aus. Stattdessen macht sich die Technik die konstante Temperatur von ungefähr 5-15 Grad Celsius zunutze, die unter dem Erdboden vorherrscht. Diese Wärme wird von bis zu 116 Erdsonden in 150 Meter Tiefe und über einen großen 5,5 km langen oberflächennahen Erdkollektor aufgenommen. In den Rohren des kalten Nahwärmenetzes gelangt die Erdwärme zu den angeschlossenen Neubauten. Der große Vorteil: Als primäre, (unerschöpfliche und regenerative) Energiequelle wird die kostenlose Erdwärme genutzt, die immer zur Verfügung steht. (...)"



### Tag der Demokratie am Gymnasium Laurentianum





Unsere Demokratie ist nicht selbstverständlich - wir müssen uns jeden Tag für sie einsetzen! Das hat das Gymnasium Laurentianum Warendorf mit dem "Tag der Demokratie" definitiv getan! Vielen Dank, dass ich auf Eurer Bühne Platz nehmen durfte, um mit Vertretern der demokratischen Parteien im Kreis Warendorf Quizfragen zu beantworten, zu diskutieren, und auch zu lachen! Chapeau an die Schüler\*innen-Vertretung für die Organisation!





#### Herzliche Einladung zum Ahlener Energiegespräch!

Krise, erneuerbare Energien, Zukunft? Mit Andreas Rimkus, MdB, Mitglied im Ausschuss für Klimaschutz und Energie und Wasserstoff-Beauftragter der SPD-Bundestagsfraktion

Was muss die Politik tun, was können Bürgerinnen und Bürger tun? Es sind nach wie vor die zentralen Fragen, die die Gesellschaft im Zuge der Energiekrise beschäftigen. Aktuell sind die deutschen Gasspeicher gut gefüllt, doch wie lange Krieg und Krise noch andauern werden, ist momentan nicht absehbar. Steigende Preise in allen Lebensbereichen bereiten derweil vor allem Mieterinnen und Mietern Sorgen.

Am Donnerstag, den 08. Dezember werde n Andreas Rimkus und ich uns zu den drängenden aktuellen Fragen der Energiepolitik austauschen - und Eure Fragen beantworten! Andreas ist Bundestagsabgeordneter für Düsseldorf, Mitglied im Ausschuss für Klimaschutz und Energie und Beauftragter für Wasserstoff unserer Fraktion.

Sebastian Richter als Vorsitzender der SPD Ahlen und Frederik Werning als sein Stellvertreter freuen sich ebenfalls auf einen informativen Abend: "In der aktuellen Lage herrscht bei vielen Menschen weiterhin Zukunftsangst und Redebedarf. Dem möchten wir mit unserem Gesprächsangebot nachkommen und freuen uns auf zahlreiche interessierte Teilnehmerinnen und Teilnehmer am 08. Dezember", so die beiden Kommunalpolitiker.

Anmeldungen können an mein Wahlkreisbüro unter 02382 914422 oder per Mail (bernhard.daldrup.ma02@bundestag.de) gerichtet werden. Getränke stehen zur Verfügung, die Plätze sind begrenzt.



